

# Presseinformation

Alexa Lamberz  
Pressesprecherin der Fraktion

**DIE LINKE. Fraktion im  
Landtag Brandenburg**

Alter Markt 1  
14467 Potsdam

Telefon: 0331 / 966 15 37  
Telefax: 0331 / 966 15 40

pressestelle@  
linksfraktion-brandenburg.de

Potsdam, den 16.11.2017

## 52. Sitzung des Landtages

**TOP: Die künftige Bundesregierung muss ostdeutsche Interessen berücksichtigen!**  
Antrag der SPD-Fraktion

### Redebeitrag Ralf Christoffers (Es gilt das gesprochene Wort)

Frau Präsidentin!  
Meine Damen und Herren!

Liebe Brandenburgerinnen,

wie die beteiligten Parteien zu Kompromissen kommen und wie sie damit innerparteilich fertig werden, dürfte den Bürgerinnen und Bürgern relativ gleichgültig sein. Sie erwarten, dass sich die Dinge ihres Lebens stabilisieren und verbessern und dass sich gute Perspektiven für sie auftun. Mit Blick auf Ostdeutschland müssen wir uns alle da an die eigene Nase fassen - wir alle waren da nicht immer auf der Höhe der Zeit. Auch DIE LINKE nicht.

Und auch die AfD, so groß ihr Zuspruch bei den jüngsten Wahlen gerade im Osten gewesen sein mag, ist hier nicht ausgenommen. Sie hat sich die Folgen der Probleme im Osten, hat sich auch die immer noch vorhandene Ostalgie sowie vernachlässigte Erfahrungen und Werte hier zunutze gemacht, hat damit Stimmungsmache betrieben und Stimmen gesammelt. Aber ich habe Herrn Gauland immer sehr gut verstanden, wenn er AfD-Regierungsbeteiligungen eine harte Absage erteilt hat: Da wäre nämlich nichts Konzeptionelles, nichts Realistisches, nichts Programmatisches, was sie anpacken und umsetzen könnten, wenn sie Regierungsverantwortung übernehmen müssten, meine Damen und Herren von der AfD!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn es stimmt, dass die modernen westlichen Gesellschaften und damit auch Ostdeutschland am Beginn eines umfassenden, alle Lebensbereiche umfassenden strukturellen Wandels stehen, dann muss unser aller erstes Interesse darin bestehen, dass der Osten Deutschlands diesen Wandel besteht - besser, mit weniger Verlusten als die Transformation der 90er Jahre und mit Gewinn für jede und jeden hier.

Was sollten wir tun, zu welchen strategischen Fragen sollten wir wetteifern? Drei Dinge:

- Zunächst: An die Vorteile Ostdeutschlands anknüpfen und sie nutzen und weiterentwickeln, um spezifisch zugespitzte Problemlagen exemplarisch zu bearbeiten. Also: weiterer Ausbau der modernen Infrastruktur, insbesondere Breitband-Versorgung, und konsequenter Übergang zum eGovernment.
- Zweitens: In Zeiten radikaler Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft kommt es vor allem auf eine funktionierende, belastbare soziale Infrastruktur an. Um das sozialstaatliche Versprechen, auf das sich die Menschen zu recht verlassen und verlassen wollen, aufrecht-erhalten und ausbauen zu können, müssen Strukturen und Instrumente weiter entwickelt, ggf. auch radikal verändert werden.
- Drittens: Wir brauchen einen deutlichen Schritt nach vorn zur Gestaltung einer solidarischen Einwanderungsgesellschaft. Wir brauchen ein Einwanderungsgesetz, wir brauchen einen ebenso freundlichen wie konsequenten, Zugewanderte wie Einheimische erfassenden *Integrations-schub* zunächst in Schwerpunkt-Regionen. In Ostdeutschland z.B.

Meine Damen und Herren,

der aktuelle Ostdeutschland-Diskurs zeigt allerdings, dass es unabhängig von der eigentlichen Dimension der Probleme schon lange bestehende strategische Fragen gibt, die längst hätten gelöst werden müssen.

Ich will einige dieser Probleme wenigstens benennen - vor allem solche, die von vielen Ostdeutschen durchaus zu Recht als diskriminierend und demütigend empfunden werden:

→ **Einkommensdifferenz Ost/West.** Trotz weitgehender *tariflicher* Lohnangleichung besteht dieses Problem nicht nur als "gefühlte" Differenz weiter fort. Die Schlüsselfrage ist also - bei allen Problemen damit im Osten - die **Tarifbindung**. Politik aber kann das tarifpolitisch Erreichte etwa über Allgemeinverbindlichkeitserklärungen oder das Vergaberecht stärken und auszuweiten.

Aber Achtung: Beim Thema Lohnangleichung muss man dann aber auch über die *Lohn- und Gehaltsangleichung zwischen Männern und Frauen* reden!

→ **Abschaffung unterschiedlicher Rechtsrahmen.** Solche Unterschiede bestehen weiter und wirken nicht nur symbolisch besonders diskriminierend und demütigend. Im Einzelnen geht es zumindest um folgendes:

- ◆ gleicher gesetzlicher Mindestlohn Ost und West
- ◆ getrennte Tarifgebiete Ost und West überwinden
- ◆ VBL Ost - Sonderregelungen abschaffen
- ◆ Arbeitszeiten angleichen (vor allem an den Entgelten pro Arbeitsstunde werden die Einkommensdifferenzen Ost und West erkennbar!)
- ◆ gleiche Hartz-IV-Sätze in Ost und West
- ◆ Benachteiligung spezieller Gruppen als Spätfolge Einigungsvertrag überwinden
  - (→ Verweis auf Problematik in der DDR geschiedener Frauen)

Eine Schlüsselfrage war hier immer die Angleichung der *Rentenpunkte* Ost an das West-Niveau. Das ist nun zum Ende der letzten Legislatur-Periode des Bundestages geschehen. Was dennoch bleibt, ist die Gefahr von Altersarmut generell - da bleibt Handlungsbedarf.

→ **Umgang mit dem Rückstand in der Wirtschafts- und Finanzkraft der ostdeutschen Länder und Kommunen.** Was die Länder anbelangt, so herrscht mit der Neugestaltung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs jetzt Klarheit.

Was bleibt, sind die Probleme der *Kommunen*. Jamaica täte gut daran, zwei Vorschläge aus dem aktuellen Kommunalen Finanzreport der Bertelsmann-Stiftung aufgreifen:

- “Angesichts der guten konjunkturellen Rahmenbedingungen ist die Zeit günstig, über eine *große Lösung der Kassenkredite nachzudenken*”.
- “*Die Verortung der Hartz IV Kosten bei den Städten und Kreisen bedeutet daher praktisch eine dauerhafte Benachteiligung schwacher und Bevorteilung starker Kommunen*” - und sollte daher anders geregelt werden.

- **Unterrepräsentanz von Ostdeutschen.** Das Problem ist gerade zum Schlagwort geworden und omnipräsent in den aktuellen Debatten. Zu Recht! Es ist höchste Zeit, *Artikel 36 (1) GG* nach Geist und Buchstaben zur Geltung zu bringen: “*Bei den obersten Bundesbehörden sind Beamte aus allen Ländern in angemessenem Verhältnis zu verwenden. Die bei den übrigen Bundesbehörden beschäftigten Personen sollen in der Regel aus dem Lande genommen werden, in dem sie tätig sind.*”
- **Ostdeutsche Lebensleistungen** werden noch allzu oft vor allem auf das bezogen, was Ostdeutsche vor 1989 erbracht oder auch erlitten haben. Ostdeutsche Lebensleistungen sind mehr als das, was zu DDR-Zeiten geschah - und die Lebenswirklichkeit vor wie nach 1989 war komplexer, als die Fixierung auf Schlüsselwörter wie Diktatur und Freiheit assoziieren.
- **Regionale Herausforderungen Ost von bundesweiter Bedeutung.** Bei zumindest zwei dieser Herausforderung wird der Osten weitgehend allein gelassen - das muss sich ändern. Das betrifft
  - ◆ einerseits die *Gestaltung der deutschen Hauptstadtregion*, bei der der Bund und die Gemeinschaft der Länder eher im Hintergrund bleiben, während die Länder Brandenburg und Berlin sich mal mehr, mal weniger gut um die Dinge bemühen.
  - ◆ Andererseits geht es um die *Energiewende in der Lausitz*, wo zwar Bundesmittel im Hintergrund stehen, die wirkliche Dimension und zunehmende Dynamik der Sache jedoch noch nicht berücksichtigt ist.

Meine Damen und Herren,

mit Blick auf “Jamaica” ist eines klar: Es kommt nicht nur auf unsere Forderungen an Bund an, sondern auf unser praktisches Agieren.

Für die Ost-Länder bedeutet das: Die Abstimmung untereinander spielt da eine entscheidende Rolle. Das betrifft einerseits die Ost-MPK. Aber andererseits - und das wäre neu - geht braucht es auch eine stärkere Abstimmung nicht nur der Exekutive, sondern der Legislative. Dafür gilt es Formen zu finden. Und wir, meine Damen und Herren, wir, die Demokratinnen und Demokraten im Landtag von Brandenburg, können dafür eine inspirierende und treibende Rolle spielen. Und das sollten wir bitte auch tun!